

**Otto-von-Guericke Universität Magdeburg
Institut für Politikwissenschaft**

(meine erste Hausarbeit, aber alte Rechtschreibung)

Verfasser: Uwe Borghardt
Lehrbereich: Politikwissenschaft
Titel der
Veranstaltung: Internationale Politik: Die Vereinten Nationen (UNO)
Dozent: Reinhard Wesel
Jahr: 1997

Hausarbeit

**Die Konferenz der Vereinten Nationen über
Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro
vom 3. - 14. Juni 1992**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	3
1. Der Weg nach Rio	5
1.1 UNO und Umweltschutz - ein globales Problem wird erkannt	5
1.2 Die "Grenzen des Wachstums"	6
1.3 Von Stockholm nach Rio	6
2. Vorbereitung und Zielsetzung der Rio-Konferenz	8
2.1 Die Einberufung der Konferenz	8
2.2 Zielsetzung der UNCED	8
2.3 Deutschlands anspruchsvolle Ziele	9
2.4 Interessenkonflikte im Vorfeld der Konferenz	10
3. Die Konferenz und ihre Ergebnisse	11
3.1 Der Verlauf des Erdgipfels von Rio	11
3.2 Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung	12
3.3 Agenda 21 - das Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert	13
3.4 Rahmenkonvention zum Schutz des Klimas	15
3.5 Artenschutz-Konvention	16
3.6 Grundsatzerklärung über die Bewirtschaftung, Bewahrung und die nachhaltige Entwicklung aller Arten von Wäldern	16
4. Der Rio-Folgeprozeß	17
5. Zusammenfassung	18
Literaturverzeichnis	20

Einleitung

Vor 65 Millionen Jahren starben die Dinosaurier aus. 160 Millionen Jahre hatten sie die Erde souverän beherrscht. Über das abrupte Aussterben der Saurier am Ende der Kreidezeit ist viel gerätselt worden. Es gibt die abenteuerlichsten Theorien. Ein Aussterben als Folge der mangelnden Anpassungsfähigkeit an sich schnell ändernde Umweltbedingungen, wie zum Beispiel einen Klimawandel, scheint heute die wahrscheinlichste Theorie zu sein.

Das Verschwinden der mächtigen Feinde ermöglichte es den damals rattengroßen Säugetieren, ihren Siegeszug über die Erde anzutreten. Es dauerte noch etwa 63 Millionen Jahre bis der Mensch aus ihnen hervorging und begann, sich die Natur nach und nach zu unterwerfen. Die Folgen waren immer stärkere Eingriffe in die natürlichen Lebensgrundlagen und die hemmungslose Verschwendung natürlicher Ressourcen.

Es ist unbestritten, daß die Zerstörung dieser Lebensgrundlagen heute ein globales Problem darstellt, durch das sich die Menschheit an den Rand ihrer Existenz bringt.¹ Vor und nach den Sauriern sind schon unzählige Tier- und Pflanzenarten ausgestorben und auch der Mensch ist nicht dagegen gefeit.

Bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes 1989 wurden alle Fragen der internationalen Politik von der Sorge um den Weltfrieden überschattet.² Nach dem Wegfall des Ost-West-Konfliktes, der mit seinen ordnungs- und machtpolitischen Konfliktursachen auf vielen Feldern der Politik strukturbildend wirkte, rückten nun neue Probleme und Konfliktfelder in den Blickpunkt des weltöffentlichen Interesses, wie u. a. die des Umweltschutzes, des Mülltourismus und einer globalen Klimakatastrophe.³

Ausdruck der erweiterten Handlungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen nach dem Ende des "Kalten Krieges", aber ebenso auch Ausdruck der gewachsenen Brisanz globaler Probleme sind die Fortschritte im Bereich der internationalen Konferenzen der UN-Sonderorganisationen. Lange Zeit hatten diese ein politisches und publizistisches Schattendasein geführt, was sich erst Anfang der 90er Jahre

¹ vgl. Koch, Herbert A.: Angst vor der Zukunft ? Der Mensch und seine Umwelt: Fakten und Probleme bei der Suche nach dem Weg in das nächste Jahrtausend, Stuttgart 1990, S. 11

² vgl. Breit, Gotthard: Zu diesem Heft, in: Breit, Gotthard (Hrsg.), Politische Bildung, Globale Schlüsselprobleme im Politikunterricht, Heft 2, Schwalbach/Ts.1994, S. 3-4, S. 3

³ vgl. Forndran, Erhard: Nationale Interessenpolitik angesichts globaler Interdependenzen - Sind politische Antworten auf die neuen Herausforderungen möglich?, in: Breit, Gotthard (Hrsg.), Politische Bildung, Globale Schlüsselprobleme im Politikunterricht, Heft 2, Schwalbach/Ts. 1994, S.16-31, S. 16

änderte, als aufgrund der neuen Weltlage die Möglichkeiten der Vereinten Nationen durch die Regierungen und die öffentliche Meinung optimistischer beurteilt wurden. In besonderem Maße galt dies für die als "Erdgipfel" bekannt gewordene Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UN-Conference on Environment and Development - UNCED) in Rio de Janeiro vom 3. - 14. Juni 1992.⁴

Große Erwartungen begleiteten diese, in bezug auf die Präsenz der Politiker, erste wirklich globale Konferenz der Vereinten Nationen, denn statt wie üblich UN-Delegierte oder Experten nahmen an ihr über 100 Staats- und Regierungschefs teil. Wenn man jedoch die eindrucksvolle Politikerpräsenz mit den Ergebnissen der Konferenz vergleicht, so muß man von einem Schauspiel für die Medien sprechen, denn die Ergebnisse des "Erdgipfels" waren recht bescheiden und zudem völkerrechtlich auch noch meist unverbindlich.⁵

In meinem Vortrag gehe ich von der These aus, daß die Konferenz von Rio de Janeiro ihrer historischen Aufgabe, wirksame Maßnahmen zu beschließen, um die weltweiten Umwelt- und Entwicklungsprobleme in den Griff zu bekommen, nicht gerecht wurde.

⁴ vgl. Volger, Helmut: Geschichte der Vereinten Nationen, München Wien 1995, S. 192

⁵ vgl. derselbe: Die Vereinten Nationen, München Wien 1994, S. 156

1. Der Weg nach Rio

1.1 UNO und Umweltschutz - ein globales Problem wird erkannt

Als die UNO 1945 gegründet wurde, erkannte man noch nicht die globale Dimension der Umweltschutzproblematik und so fanden ökologische Fragen deshalb auch nicht Eingang in die Charta der Vereinten Nationen.⁶ Erstaunlicherweise wurde das Problem des internationalen Umweltschutzes noch lange Zeit ignoriert, obwohl Schadstoffemissionen nicht vor Grenzen halt machen und im Falle der Meeresverschmutzung nur internationale Lösungen überhaupt durchführbar sind, aber auch innerhalb der Staaten wurden bis in die siebziger Jahre Umweltprobleme kaum wahrgenommen.⁷

Bereits 1962 wurde ein erstes Signal in Sachen Umweltschutz gesetzt. Die amerikanische Biologin Rachel Carson schnitt in ihrem Öko-Bestseller "Der stumme Frühling" erstmals grundsätzliche Fragen und Probleme an, die den Konflikten zwischen Mensch, Technik und Natur, zwischen Ökonomie und Ökologie zugrunde lagen.⁸

Ende der sechziger Jahre begann erst in den Vereinten Nationen die Diskussion von Umweltproblemen. Der damalige UN-Generalsekretär U Thant beschrieb 1969 die Situation mit dramatischen Worten und unterstrich die Notwendigkeit, die "alten Streitigkeiten zu vergessen und eine weltweite Zusammenarbeit zu beginnen, um das Wettrüsten zu stoppen, den menschlichen Lebensraum zu verbessern, die Bevölkerungsexplosion niedrig zu halten und den notwendigen Impuls zur Entwicklung zu geben." Warnend fügte er noch hinzu: "Wenn eine solch weltweite Partnerschaft innerhalb der nächsten zehn Jahre nicht zustande kommt, so werden, fürchte ich, die erwähnten Probleme derartige Ausmaße erreicht haben, daß ihre Bewältigung menschliche Fähigkeiten übersteigt."⁹

⁶ vgl. Falkner, Robert: Umweltschutz. Geschichte der UN-Umweltpolitik, in: Bayerische Landes-zentrale für Politische Bildungsarbeit: Die Vereinten Nationen, 2.Auflage, München 1996, S. 116

⁷ vgl. Volger, Helmut: Die Vereinten Nationen, a.a.O., S. 149

⁸ vgl. Franke, Lutz: Wir haben nur eine Erde, Darmstadt 1989, S. 2

⁹ vgl. Meadows, Dennis: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, 15. Auflage, Stuttgart 1990, S. 11

1.2 Die "Grenzen des Wachstums"

Ölkrise, zahlreiche Hungerkatastrophen in der Dritten Welt, menschenunwürdige Lebensbedingungen in den Slums der Millionenstädte Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, Wassermangel und die Verseuchung von Seen und Wäldern durch "sauren Regen" waren und sind einige Anzeichen, daß "in einer endlichen Welt kein unendliches Wachstum möglich ist". So lautete der Kernsatz einer amerikanischen Studie über die "Grenzen des Wachstums" von Dennis Meadows, die 1972, vor dem ersten "Ölschock" erschien.¹⁰ An Grenzen stoßen oder sie überschreiten heißt zum Beispiel: kostbare, unersetzliche Rohstoffe und Energieträger voreilig zu erschöpfen und künftig ohne sie leben zu müssen.¹¹

Mit seinem "Bericht zur Lage der Menschheit" schreckte Meadows die westliche Welt aus ihrer wohlstandsoptimistischen Selbstbezogenheit und zeigte am Computermodell, daß die Welt, sollte sie weiter dem Wachstums- und Industrialisierungsmodell folgen, im Jahre 2030 an die Grenze eines Kollaps gerate. Seit der Meadows-Studie war das Thema Umweltzerstörung mit dem Schicksal der Natur und der Möglichkeit einer Fortexistenz der Menschheit auf der Erde verknüpft.¹²

1.3 Von Stockholm nach Rio

Im Juni 1972 fand in Stockholm unter dem Motto "Wir haben nur eine Erde" die erste globale Umweltkonferenz der Vereinten Nationen statt, an der sich 1200 Staatenvertreter aus 113 Ländern und Vertreter von 400 nationalen Einrichtungen beteiligten.¹³

"Armut ist die größte Umweltverschmutzung", umriß Indiens Premierministerin Indira Gandhi auf der Konferenz die Position der Länder des Südens. Wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung sollten Vorrang haben, ausgedrückt in der Formel "Erst Entwicklung, dann Umweltschutz". Die Industrieländer des Nordens

¹⁰ vgl. Hufnagel, Gerhard: Umwelt nützen - Umwelt schützen, in: Thema Politik. Politische Bildung in der Sekundarstufe I., Stuttgart 1987, S. 236

¹¹ vgl. Meyers Lexikonredaktion unter Leitung von Karl-Heinz Ahlheim: Wie funktioniert das ? Die Umwelt des Menschen, 3.,vollständig überarbeitete Auflage, Mannheim; Wien; Zürich 1989, S. 13

¹² vgl. Himmelmann, Gerhard: Globale Schlüsselprobleme - Herausforderung der Zukunft, in: Breit, Gotthard (Hrsg.), Politische Bildung, Globale Schlüsselprobleme im Politikunterricht, Heft 2, Schwalbach/Ts.1994, S. 5-15, S. 6 f.

¹³ vgl. Franke, Lutz: a.a.O., S. 1

strebten vor allem Vereinbarungen über die Begrenzung industrieller Umweltverschmutzungen und Programme zum Ressourcenmanagement und zum Schutz von Ökosystemen an. Die Länder des Südens sahen darin den Versuch, ihre eigene industrielle Entwicklung zu knebeln, um die Vorherrschaft der Industriestaaten zu sichern. Man einigte sich dennoch auf einen Aktionsplan, bei dem entwicklungspolitische Ziele überwogen.¹⁴

In der Abschlußdeklaration der Konferenz hieß es, daß die Staaten das Recht haben Rohstoffe auszubeuten, aber sie dürften dabei die Umwelt anderer Staaten und Gebiete nicht schädigen.¹⁵

Durch die Stockholmer Deklaration erlangten die Vereinten Nationen die primäre Zuständigkeit für den internationalen Umweltschutz und mit dem auf Empfehlung der Konferenz einberufenen Umweltprogramm UNEP (United Nations Environment Programme) schufen sie sich auch das Instrument, um die Umweltaktivitäten der verschiedenen Organisationen im UN-System zu koordinieren sowie eigene Umweltüberwachungs- und Umweltschutzprogramme zu entwickeln.¹⁶

Die Meadows-Studie "Grenzen des Wachstums" hatte eine heftige Kontroverse ausgelöst, aber auch der Bericht an den amerikanischen Präsidenten Carter "Global 2000" im Jahre 1980 machte nochmals auf die schon bei Meadows angesprochene bedrohliche Entwicklung des Zustandes der Erde aufmerksam.¹⁷

Zehn Jahre nach Stockholm wurde in Nairobi Bilanz gezogen und diese ergab, daß die Zielvorstellungen der Umweltkonferenz nicht realisiert wurden und die Umweltschäden global zugenommen hatten. Eine Intensivierung der Aktivitäten und Leistungen der Vereinten Nationen und damit in erster Linie der UNEP war notwendig.¹⁸

Auf Anregung der UNEP wurde 1984 die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, nach ihrer Vorsitzenden, der norwegischen Ministerpräsidentin, auch Brundtland-Kommission genannt, eingesetzt. In ihrem Abschlußbericht (Brundtland-Bericht) bemängelte die Kommission 1987 die ungenügenden Erfolge der internationalen Umweltpolitik und forderte die Staatengemeinschaft auf, die Kompetenzen und die finanzielle Ausstattung der UNEP zu erweitern. Der Übergang zu einem umweltverträglichen Modell der wirtschaftlichen Entwicklung

¹⁴ vgl. Hoering, Uwe: Zum Beispiel Umweltschutz, 1. Auflage, Göttingen 1992, S.7 f.

¹⁵ vgl. Koch, Herbert A.: a.a.O., S. 214

¹⁶ vgl. Brucker, Gerd: Ökologie und Umweltschutz. Ein Aktionsbuch, Heidelberg; Wiesbaden 1993, S. 47

¹⁷ vgl. Himmelmann, Gerhard: a.a.O., S. 7

¹⁸ vgl. Unser, Günther: Die UNO. Aufgaben und Strukturen der Vereinten Nationen, 5. Auflage, Nördlingen 1992, S. 64

wurde als zentrale Zukunftsaufgabe der Menschheit herausgestellt. Nachhaltige Entwicklung wurde als ein Weg zum Fortschritt definiert, der den Entwicklungsbemühungen gerade der ärmeren Länder und den Umweltschutzinteressen gleichermaßen gerecht wird.

Die UN-Generalversammlung übernahm in einer Resolution das Konzept der "nachhaltigen Entwicklung" und berief für Juni 1992 die Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) nach Rio de Janeiro ein.¹⁹

2. Vorbereitung und Zielsetzung der Rio-Konferenz

2.1 Die Einberufung der Konferenz

Die Einberufung der Konferenz über Umwelt und Entwicklung ging auf die Resolution 44/228 der UN-Generalversammlung vom 22. Dezember 1989 zurück. Zwanzig Jahre nach der Konferenz von Stockholm bot sich durch den Abbau politischer Spannungen die reale Chance, das drängende Problem des internationalen Umweltschutzes wirksamer anzugehen.²⁰

In der Zwischenzeit konnten sich zwar nationale Umweltschutzpolitiken durchsetzen und zahlreiche multilaterale Umweltabkommen geschlossen werden, aber mit dem Treibhauseffekt und dem Ozonloch war das globale Zerstörungspotential des Zivilisationsmodells des Nordens mehr denn je sichtbar geworden. Lokale und regionale Vegetationszerstörungen und der rasante Verlust biologischer Vielfalt wurden nun ebenfalls als Probleme mit globaler Wirkung erkannt. Globale Lösungen waren jetzt gefragt, die armutsbedingte Umweltzerstörungen ebenso zu verhindern, wie zivilisationsbedingte.²¹

2.2 Die Zielsetzung der UNCED

¹⁹ vgl. Falkner, Robert: Umweltschutz.Geschichte der UN-Umweltpolitik, in: Bayerische Landes-zentrale für Politische Bildungsarbeit: Die Vereinten Nationen, 2.Auflage, München 1996, S. 120

²⁰ vgl. Randelzhofer, Albrecht: Völkerrechtliche Verträge, 5. neubearbeitete Auflage, Nördlingen 1991, S. 5

²¹ vgl. Unmüßig, Barbara: Zwischen Hoffnung und Enttäuschung. Die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED), in: Vereinte Nationen, 40. Jg., 1992, H. 4, S. 117-122, S. 117

Die Ergebnisse der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung bildeten die Grundlage der Konferenz. "Sustainable development", auf deutsch "nachhaltige", "tragfähige" oder auch "dauerhaft umweltgerechte Entwicklung", war zur Zauberformel geworden, mit der national und weltweit Konsens über die Ziele der Entwicklung hergestellt werden sollte.²²

Die Rio-Konferenz hatte sich folgerichtig zum Ziel gesetzt, gemäß dem Brundtland-Bericht, Wege einer "nachhaltigen Entwicklung" aufzuzeigen und die Erkenntnisse über das Ausmaß globaler Zerstörung und weltweiter sozialer Verelendung in konkrete Maßnahmen umzusetzen.²³ Das Problem aber war, daß der Begriff der "nachhaltigen Entwicklung" nicht präzise definiert und daher umstritten war. Viele Länder hatten sich ihre eigene Definition geschaffen.

Einigkeit bestand nur darüber, daß künftig die Entwicklung im Norden wie im Süden in eine neue Richtung gelenkt werden mußte, insbesondere sollte der Verbrauch an nicht erneuerbaren Ressourcen und die Zerstörung der Biosphäre so zurückgeschraubt werden, daß auch kommende Generationen noch lebenswerte Existenzbedingungen auf unserem Planeten vorfinden.²⁴ Der Begriff der "nachhaltigen Entwicklung" wurde, sowohl in dem Wunsch gebraucht, der Menschheit eine dauerhafte Zukunft zu ermöglichen, als auch in dem Bestreben, eine unklare umweltpolitische Strategie zu verschleiern. Für die größte Konferenz der Menschheit gab es also diffuse, ja gegensätzliche Zielvorstellungen der Teilnehmer und das ließ keine überragenden Ergebnisse erwarten.

2.3 Deutschlands anspruchsvolle Ziele

Führende Politiker hatten im Vorfeld der Konferenz ihre große Bedeutung betont und sich, wie zum Beispiel die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, für international verbindliche Vereinbarungen und Konventionen zur Lösung der drängenden weltweiten Umweltprobleme eingesetzt.²⁵ Umweltminister Töpfer kündigte anspruchsvolle Ziele an:

²² vgl. Gärtner, Edgar: Wie lange hält Nachhaltigkeit vor? Das Schlagwort "sustainable development" und die Ökologie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.01.1995, Seite B4

²³ vgl. Unmüßig, Barbara: a.a.O., S. 117

²⁴ vgl. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen: UN Basis-Informationen. Vereinte Nationen und Umwelt, Bonn 1993, S. 2

²⁵ vgl. Bundesumweltministerium: Umweltschutz in Deutschland. Nationalbericht der Bundesrepublik Deutschland für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Brasilien im Juni 1992. Zusammenfassung, Bonn 1992, S. 33

1. Verschärfung des Montrealer Protokolls zum Schutz der Ozonschicht
(Produktion und Verwendung von FCKW bis 1995 einstellen)
2. Verabschiedung eines Protokolls zur Begrenzung der CO₂-Emissionen
3. Verabschiedung eines Protokolls zum Schutz der Wälder
4. Verabschiedung einer völkerrechtlichen Rahmenkonvention zum Schutz des Klimas²⁶

2.4 Interessenkonflikte im Vorfeld der Konferenz

Für die Rio-Konferenz, welche die UNEP vorbereitete, war die Unterzeichnung einer Rahmenkonvention über die Klimaveränderungen geplant. Ende 1990 beschloß deshalb die UN-Generalversammlung die Einrichtung eines "Intergovernmental Committee Negotiating a Framework Convention of Climatic Change" (INC), das mit Unterstützung der UNEP und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) einen Entwurf für die internationale Rahmenkonvention ausarbeiten sollte, der rechtzeitig zum Konferenzbeginn in Rio vorliegen mußte.

Bereits hier zeigten sich die Umrissse jener Interessenkonflikte, die auch später die Konferenz in Rio prägen sollten: Die Entwicklungsländer wollten für ihren umweltschonenden Ressourcenverzicht finanziell entschädigt werden und eine Reihe von Industrieländern war nicht zu bewegen, einen präzisen Plan für die Reduzierung der Kohlendioxyd-Emissionen zu akzeptieren.²⁷

Auch die Tagungen des Vorbereitungsausschusses der UNCED hatten die teilweise tiefgreifenden Differenzen und die Konfliktlinien zwischen den Akteuren der Verhandlungen (Nord-Nord, Nord-Süd, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen) offengelegt. Interessenkonflikte und nationale Egoismen prägten dementsprechend die Verhandlungsergebnisse von Rio.²⁸

²⁶ vgl. Volger, Helmut: Die Vereinten Nationen, a.a.O., S. 156

²⁷ vgl. ebd., S. 155

²⁸ vgl. Unmüßig, Barbara, a.a.O., S. 117

3. Die Konferenz und ihre Ergebnisse

3.1 Der Verlauf des Erdgipfels von Rio

Für den Chefmanager des "Rio-Festivals", UNCED-Generalsekretär Maurice Strong, war es die "letzte Chance für die Rettung des Planeten." Große Hoffnungen waren weltweit geweckt worden, aber auch die Skepsis, daß die Interessengegensätze und insbesondere die unterschiedlichen Vorstellungen der Industrie- und Entwicklungsländer wirksame Beschlüsse verhindern.²⁹

Kurzfristige politische und wirtschaftliche Interessen bestimmten dann auch die Verhandlungspositionen ebenso wie die Betroffenheit durch die globale Ökologiekrise.

Einige Länder des Nordens zeigten kaum Bereitschaft, ihren Konsum- und Produktionsstandard in den Verhandlungsprozeß einzubeziehen. Besonders verhängnisvoll war in diesem Zusammenhang die Position der USA, die in der Aussage US-Präsident Bushs gipfelte, daß der amerikanische Lebensstil nicht zur Verhandlung stehe. Die Amerikaner fürchteten wohl, ihre Landsleute mit zu weitgehenden Einschnitten zu überfordern.

Die Staaten der Dritten Welt versuchten wieder vergeblich über die Frage der globalen Verteilungsgerechtigkeit, die Industriestaaten zu ökologischen Strukturanpassungen zu drängen, zeigten ihrerseits aber auch keine Bereitschaft, sich für Natur- und Kulturerhalt und für eine Demokratisierung ihrer Gesellschaften einzusetzen.

Als Allheilmittel für die soziale und ökologische Krise stilisierten beide Seiten ein weiteres Wirtschaftswachstum, freien Welthandel und Technologie- und Finanztransfer.

Die Konferenz von Rio de Janeiro hat deutlich offenbart, daß die ökologische Krise auch eine politische ist.³⁰

Das Ergebnis der UNCED war zur Enttäuschung vieler Konferenzteilnehmer und der Umweltorganisationen relativ bescheiden: Anstelle einer völkerrechtlich verbindlichen "Erd-Charta", einer Art Wertekatalog über das Verhalten des Menschen gegenüber der Natur und den Mitmenschen, verabschiedete man nur die

²⁹ vgl. Hoering, Uwe: a.a.O., S. 14

³⁰ vgl. Unmüßig, Barbara, a.a.O., S. 117 f.

"Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung", eine völkerrechtlich unverbindliche Absichtserklärung.

Außerdem verabschiedete man die ebenfalls unverbindliche "Agenda 21", ein etwa 800 Seiten starkes Aktionsprogramm für den weltweiten Umweltschutz.

Als wichtigste, völkerrechtlich verbindliche Konvention wurde die Klima-Konvention unterzeichnet, in der es um die Messung und die gegenseitige Information über die klimaschädlichen sog. Treibhausgase geht.

In der verabschiedeten Artenschutz-Konvention wurden zwar die Prinzipien des Artenschutzes bekräftigt, aber wie man diesen Schutz organisatorisch realisieren wollte, wurde nicht vereinbart.

Im Waldschutz kam es statt der angestrebten Waldschutz-Konvention nur zu einer Grundsatzerklärung über die Bewirtschaftung, Bewahrung, und die nachhaltige Entwicklung aller Arten von Wäldern.

Um die Umsetzung der bescheidenen Ergebnisse der Konferenz zu überwachen, wurde die Einrichtung einer Kommission für Nachhaltige Entwicklung beschlossen.³¹

3.2 Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung

Für die geplante "Erd-Charta", die durch die UN-Mitgliedsländer hätte unterzeichnet und ratifiziert werden müssen, war schon im Vorfeld der UNCED kein genügender Konsens erreicht worden. Man einigte sich nur auf die unverbindliche Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung, die das Ergebnis der vierten Tagung des UNCED-Vorbereitungsausschusses vom 2. März bis 4. April 1992 in New York war.³²

Die Deklaration enthält 27 Prinzipien zu den ökologischen Rechten und Pflichten der Menschheit, wie zum Beispiel:

- ✧ der Mensch steht im Mittelpunkt des Interesses an nachhaltiger Entwicklung;
- ✧ die Entwicklung muß Bedürfnissen heutiger und künftiger Generationen gerecht werden;
- ✧ Armutsbekämpfung und Bevölkerungspolitik haben große Bedeutung;

³¹ vgl. Volger, Helmut: Geschichte der Vereinten Nationen, a.a.O., S. 193 f.

³² vgl. Unmüßig, Barbara, a.a.O., S. 118

- ✧ die Industrieländer sind wesentliche Verursacher der bisherigen Umweltschäden;
- ✧ die Einhaltung umweltpolitischer Grundsätze (Vorsorge- und Verursacherprinzip) ist erforderlich;
- ✧ die Notwendigkeit einer wirksamen Umweltgesetzgebung;
- ✧ die Unterrichtung bei grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen;
- ✧ die Beteiligung der Bürger in Umweltfragen und bei Entscheidungsprozessen;
- ✧ die Erhaltung und Wiederherstellung des Ökosystems der Erde ist notwendig.³³

Die Verabschiedung der "Erd-Charta" wurde auf das Jahr 1995 vertagt.

3.3 Agenda 21 - das Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert

Die Agenda 21 ist ein etwa 800 Seiten starkes Aktionsprogramm, das für zahlreiche Sach- und Einzelfragen der Umwelt- und Entwicklungspolitik umfassende Informationen zur Verfügung stellt sowie ausgearbeitete Aktionspläne und Kostenberechnungen enthält.

Mit diesem Programm werden detaillierte Handlungsaufträge gegeben, um einer weiteren Verschlechterung der Situation entgegenzuwirken, eine schrittweise Verbesserung zu erreichen und eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen sicherzustellen. Es enthält wichtige Festlegungen, u. a. zur Bevölkerungspolitik, Armutsbekämpfung, zu Handel und Umwelt, zur Abfall-, Chemikalien-, Klima- und Energiepolitik, zur Landwirtschaftspolitik sowie zu technologischer und finanzieller Zusammenarbeit der Industrie- und Entwicklungsländer.³⁴

Sie ist ein umweltpolitisches Kompendium für nationale Regierungen, regionale und weltweite Umweltmaßnahmen, jedoch mit Auslassungen und Schwächen aufgrund von Interessenkonflikten: Bestimmte Themen wie radioaktiver Abfall, Biotechnologie, Meeresverschmutzung und Müllexport wurden verwässert oder ganz herausgelassen.³⁵

Die wohlhabenden Erdölförderländer widersetzten sich bis zum Schluß dem Vorschlag, die Staaten im Kapitel über den Schutz der Atmosphäre zu mehr

³³ vgl. Hagenau, Günther: Lexikon Technik und Umwelt, Stuttgart 1994, S. 168

³⁴ vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg): Agenda 21 in deutscher Übersetzung: <http://www.oneworldweb.de/agenda21/welcome.html>; 8.8.1997

³⁵ vgl. Volger, Helmut: Die Vereinten Nationen, a.a.O., S. 157

Energieeffizienz und zum Einsatz erneuerbarer Energien zu verpflichten. So war es auch nicht verwunderlich, daß die Forderung nach einer internationalen Einrichtung, die den Einsatz erneuerbarer Energien weltweit fördern sollte, ungehört blieb.

Vereinbarungen über ein Exportverbot für giftige und radioaktive Abfälle, wie sie die Länder des Südens forderten, scheiterten am Einwurf der Industrieländer, die privatwirtschaftliche Autonomie nicht beschneiden zu wollen. Ebenso war eine internationale Absage an die zivile und militärische Nutzung der Atomenergie nicht durchzusetzen.

Die Industrienationen sorgten ebenfalls dafür, daß Kontrollauflagen oder Verhaltensregeln für transnationale Konzerne nicht zur Debatte standen. Der internationale "Unternehmerrrat für nachhaltige Entwicklung", der als Sprachrohr der Wirtschaft die Konferenz und ihre Vorbereitung begleitete, wollte sich nicht auf mehr einlassen, als auf freiwillige Verhaltensregeln für international operierende Unternehmen und er setzte auf "unregulierte" zwischenstaatliche technologische Kooperation.³⁶

Das Aktionsprogramm richtet sich überwiegend an die Länder der Dritten Welt. Empfehlungen oder konkrete Schritte für die erforderliche Strukturanpassung des Nordens fehlen.

Der Erfolg des Programms ist mehr als fraglich, da jährlich 600 Mrd. US-Dollar notwendig sind. Während der Süden nicht in der Lage ist, seinen Löwenanteil von 475 Mrd. aufzubringen, weigert sich der Norden, seinen Anteil von 125 Mrd. bereitzustellen.³⁷

Die Industrieländer erklärten sich lediglich bereit, so bald wie möglich, das vor 20 Jahren in Stockholm gegebene Versprechen einzulösen, nämlich 0,7% ihres Bruttosozialproduktes für die Entwicklungshilfe bereitzustellen. Die Bundesrepublik Deutschland weigerte sich allerdings, mit dem Verweis auf die Kosten der deutschen Einheit und des Aufbaus der osteuropäischen Länder, feste Zeitzusagen für die Erfüllung des 0,7%-Ziels zu geben.³⁸

Die Industriestaaten konnten sich auch mit ihrem Wunsch durchsetzen, statt eines von den Ländern des Südens gewünschten neuen UN-Umwelt-Fonds, die von der Weltbank kontrollierte Globale Umweltfazilität (Global Environmental Facility - GEF), ein Kreditprogramm im Rahmen der Weltbank, zum vorläufigen

³⁶ vgl. Unmüßig, Barbara, a.a.O., S. 118

³⁷ vgl. ebd.

³⁸ vgl. Volger, Helmut: Geschichte der Vereinten Nationen, a.a.O., S. 193

Finanzierungsinstrument der Klimaschutz- und Artenvielfalt-Konvention und anderer Umweltschutz-Abkommen zu machen.³⁹

3.4 Rahmenkonvention zum Schutz des Klimas

Die Klimarahmenkonvention, die das Ereignis Rio besonders schmücken sollte, hat für große Enttäuschung gesorgt, denn das Ziel, die Treibhausgase bis zum Jahr 2000 auf das Niveau von 1990 zu senken, scheiterte an der Weigerung der USA, die sich nicht auf zeitliche Grenzen einlassen wollten.⁴⁰ Die Konvention beinhaltet auch keine Vorgabe, die Emissionen nach 2000 nicht wieder ansteigen zu lassen.

Die Amerikaner wollten statt dessen moderne umweltfreundliche Techniken in den Entwicklungsländern einführen. Die Entwicklungsländer, deren Ausstoß von Treibhausgas bisher verhältnismäßig gering war, befürchteten wiederum, daß sie bei einer weitgehenden Reduktion Verpflichtungen zu erfüllen hätten und lehnten diese Überlegung aber als "Öko-Kolonialismus" ab. Sie befürchteten, daß die Industrieländer Einfluß auf ihre Politik nehmen und sich selbst eine Änderung ihres Lebensstils ersparen wollten.⁴¹

Die EG-Staaten erklärten, trotzdem an der angestrebten Zeitgrenze festzuhalten. Die Bundesrepublik legte sich laut den Beschlüssen des Bundeskabinetts noch weitergehend fest: Reduzierung der Kohlendioxyd-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25 bis 30 %.⁴² Deutschland strebte, gemeinsam mit 40 kleinen Inselstaaten und einigen kleineren europäischen Staaten, wie den Niederlanden und Dänemark, einen Durchbruch in der Klimapolitik an. Für die Inselstaaten eine Existenzfrage, denn sie befürchteten, bei einer Erwärmung des Klimas im Meer zu versinken, wenn die Gletscher abschmelzen. Die Bundesregierung wollte die Rahmenkonvention durch ein Klimaprotokoll weiterentwickeln. Darin sollten Umfang und Zeitrahmen für die Verminderung festgelegt werden. Außerdem sollten detaillierte Schritte festgeschrieben werden, wie diese Ziele erreicht werden können.⁴³ Und so lud

³⁹ vgl. derselbe: Die Vereinten Nationen, a.a.O., S. 158 f.

⁴⁰ vgl. Schäfers, Manfred: Pokerspiel um das Weltklima, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.03.1995, Seite 15

⁴¹ vgl. Hohenthal, Carl Graf : Widerstand gegen einen erweiterten Klimaschutz. Vorbereitungen des Berliner Gipfeltreffens schwierig. Verpflichtung zu weniger Treibhausgas-Emissionen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.02.1995, Seite 4

⁴² vgl. Palm-Risse, Martina: Noch eine Chance für den blauen Planeten. Der Schutz des Weltklimas mittels des UN-Rahmenübereinkommens, in: Vereinte Nationen, 40. Jg., 1992, H. 4, S. 122-126, S. 126

⁴³ vgl. Hohenthal, Carl Graf : a.a.O., S. 4

Bundeskanzler Kohl beim Abschluß des Umweltgipfels zur ersten Folgekonferenz nach Berlin ein und ertete keinen Widerspruch.

3.5 Artenschutz-Konvention

Neben der Klima-Konvention ist die Konvention über die biologische Vielfalt ein weiterer völkerrechtlich bindender Vertrag. Hier wurde ein Kompromiß gefunden zwischen den wirtschaftlichen Interessen der biotechnologischen Industrie und dem Recht auf Erhaltung der biologischen Vielfalt. Anliegen der Konvention ist die Regelung der gerechten Verteilung der aus biologischen Ressourcen gezogenen wirtschaftlichen Vorteile.

Ein großer Mangel der Konvention ist das Fehlen angemessener Instrumente, mit denen die Verpflichtungen der Vertragsstaaten überwacht und diese bei Verstößen zur Rechenschaft gezogen werden.⁴⁴

3.6 Grundsatzerklärung über die Bewirtschaftung, Bewahrung und die nachhaltige Entwicklung aller Arten von Wäldern

Beim heftig umstrittenen Thema Waldschutz ist auf der Konferenz am wenigsten herausgekommen. Die geplante Waldschutz-Konvention fand keine Mehrheit, lediglich die bereits genannte Grundsatzerklärung konnte verabschiedet werden.

Vor allem Malaysia war es, das sich laut gegen jeden Einfluß der Industriestaaten auf seine Wälder sperrte, auch in Brasilien überwog eher die Ablehnung, sich irgendwelchen internationalen Verpflichtungen zu unterwerfen und daß die Vereinigten Staaten sich äußerst unwillig zeigten, als es um einen verbesserten Schutz der Wälder ging, überraschte auch niemanden mehr.⁴⁵

Der Süden forderte als Ausgleich für die Einschränkung der Waldnutzung Finanzhilfen für seine Wirtschaft und gerechtere Welthandelsstrukturen. Mit den Industrieländern des Nordens konnte darüber keine Einigung erzielt werden.

In nächtlichen Sitzungen gelang es dem damaligen Bundesumweltminister Töpfer, die Verhandlungen um eine Grundsatzerklärung zum Waldschutz erfolgreich abzuschließen, in der die vielfältigen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen,

⁴⁴ vgl. Unmüßig, Barbara, a.a.O., S. 120

⁴⁵ vgl. "Gespräche zum Schutz des Regenwaldes. Töpfer findet in Brasília größere Aufgeschlossenheit", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.01.1995, S. 6

klimatischen und biologischen Funktionen des Waldes ausdrücklich anerkannt werden.

Die Forstressourcen der Länder der Dritten Welt blieben bedauerlicherweise so etwas wie eine Geisel im Verhandlungspoker zwischen Nord und Süd.⁴⁶

4. Der Rio-Folgeprozeß

Die meisten Probleme, die in Rio auf dem Tisch lagen, stehen immer noch zur Debatte.

Als wichtiger Schritt zur Umsetzung der Beschlüsse von Rio wurde durch Beschluß der UN-Generalversammlung vom 22. Dezember 1992 die UN-Kommission für dauerhafte Entwicklung gegründet. Neben der Überwachung der Umsetzung der "Agenda 21" und der relevanten Umweltschutz-Konventionen sollte die Kommission auch kontrollieren, inwieweit die Industrieländer ihre Zusage einhalten, 0,7% ihres Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe bereitzustellen.⁴⁷

Dabei kämpfte man immer wieder mit denselben Problemen, die schon in Rio deutlich wurden: der Frage nach der Finanzierung, der Sorge der Länder des Südens um ihre oft noch junge Souveränität, ihrem Anspruch auf Entwicklung und dem Argwohn, sie sollten nun mit einem neuen Trick daran gehindert werden, aber auch mit der Furcht der Industriestaaten vor Einbußen an Wirtschaftskraft und Wohlstand.⁴⁸

Immerhin konnte man sich Ende November 1992 auf der UN-Konferenz in Kopenhagen darüber einigen, bestimmte "Ozonkiller", eher als 1990 in London vereinbart, "einzufrieren" bzw. abzuschaffen. Außerdem sollte ein Fonds gegründet werden, der den Süden in die Lage versetzt, auf ozonschädigende Stoffe zu verzichten.⁴⁹

Am 14. Oktober 1994 wurde die Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung, die vor allem auf Wunsch der afrikanischen Länder zustande kam, in Paris feierlich unterzeichnet. Die damit ersehnten neuen Geldquellen wurden aber auch in diesem

⁴⁶ vgl. Unmüßig, Barbara, a.a.O., S. 119 f.

⁴⁷ vgl. Volger, Helmut: Die Vereinten Nationen, a.a.O., S. 161

⁴⁸ vgl. Möhring, Caroline: Die Industriestaaten sind in Berlin nicht nur als Finanziere gefordert Fortschritte im "Rio-Prozeß", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.03.1995, S. 3

⁴⁹ vgl. Volger, Helmut: Die Vereinten Nationen, a.a.O., S. 163

Fall nicht erschlossen, denn die Konvention sollte vielmehr dazu beitragen, die bisherigen Hilfen besser zu koordinieren und effektiver einzusetzen.⁵⁰

1995 fand der Klima-Gipfel in Berlin statt. Auf dieser Folgekonferenz zur Klima-Konvention sollten die noch fehlenden Zeit- und Mengenvorgaben für die Senkung des Kohlendioxyd-Ausstoßes festgelegt werden. Entgegen den Versprechungen waren die Emissionen der Industrieländer seit Rio weiter gestiegen. Deutschland konnte Erfolge vorweisen, was auf den Zusammenbruch der Industrie in Ostdeutschland zurückzuführen war und kündigte an, an dem Ziel festzuhalten, bis zum Jahr 2005 seine Kohlendioxyd-Emissionen gegenüber 1990 um 25 Prozent zu senken.⁵¹

Ein Protokoll mit konkreten Verpflichtungen und Zielen für die Senkung des Kohlendioxyd-Ausstoßes, kam auf der Berliner Tagung nicht zustande - es wurde aber in Auftrag gegeben. Auf dieses "Berliner Mandat" konnten sich die Delegierten erst in den letzten Stunden der Konferenz einigen.⁵²

Auch der UN-Umweltgipfel in New York im Juni 1997 endete ohne Ergebnis und die Aussichten für die Weltklimakonferenz im japanischen Kyoto im Dezember sind ebenfalls düster.

5. Zusammenfassung

"Eine bedeutende biologische Spezies ist wegen der fortschreitenden Vernichtung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen vom Aussterben bedroht: der Mensch", rief der kubanische Staatspräsident Castro der Versammlung in Rio zu und wurde bejubelt.⁵³

Die Konferenz von Rio war ein gigantisches Medienereignis, das die Dramatik des Umweltthemas weltweit bekannt machte. Neben 15000 Diplomaten, über 100

⁵⁰ vgl. Möhring, Caroline: Die Industriestaaten sind in Berlin nicht nur als Finanziere gefordert Fortschritte im "Rio-Prozeß", a.a.O., S. 3

⁵¹ vgl. "Kohl wirbt für wirksameren Klimaschutz. Bonn wird Sitz des ständigen Sekretariats. Der Kanzler verlangt ein klares Mandat und präzise Termine / Beifall der Umweltschutzorganisation", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.04.1995, S. 1

⁵² vgl. Möhring, Caroline: Ziel verfehlt, aber ein Fundament für künftige Bemühungen geschaffen. Die Klimakonferenz verabschiedet ein "Berliner Mandat" statt eines Protokolls. Über Abstimmungsmodus uneins, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.04.1995, S. 6

⁵³ vgl. Vorholz, Fritz: Der Absturz vom Erdgipfel. In Rio trafen sich vor fünf Jahren die Mächtigen der Welt, um die Armut zu beseitigen und die Umwelt zu retten. Ende Juni kommen sie wieder zusammen und ziehen Bilanz, in: Die Zeit vom 13.06.1997, S.11-13, S. 11

leibhaftigen Staats- und Regierungschefs, waren etwa 20000 Aktivisten nichtstaatlicher Organisationen angereist, um die Welt zu retten.⁵⁴ Gemessen am Aufwand und an den drängenden globalen Problemen war das Ergebnis enttäuschend.

Kurzfristige politische und wirtschaftliche Interessen, nationale Egoismen und die weltweite Krise der Eliten verhindern derzeit einen internationalen Durchbruch in ein ökologisches 21. Jahrhundert.

Die wesentliche Schwäche der Konferenz war, von Anfang an, auf rein zwischenstaatliche Verhandlungen zu setzen, denn wichtige Akteure, wie die Wirtschaft saßen nicht am Verhandlungstisch, beeinflussten jedoch im Stillen und sehr wirkungsvoll die Verhandlungsergebnisse.⁵⁵

Das "Rio-Festival" ist ein Beispiel dafür, wie gut sich Umwelt- und Klimakonferenzen eignen, Probleme, die man nicht lösen kann zu verdrängen oder zumindestens vorzutäuschen, man beschäftige sich intensiv mit ihrer Lösung. Seit Jahrtausenden das gleiche Spiel: Für unlösbare Probleme müssen Götter oder Geister her, die mit bestimmten Ritualen, wie zum Beispiel dem Regentanz, beschworen werden. Mit dem Umwelt- und Klima-Tanz von Rio beschwor man den Geist von Rio und die Eliten holten sich die Lizenz zum Weiterwursteln ein.

Trotzdem setzte sich weltweit die Erkenntnis durch, daß man nicht so weiterwirtschaften konnte wie bisher und das Nord und Süd zur Lösung der globalen Probleme zusammenarbeiten müssen. Der Grundstein für weitere Verhandlungen war in Rio gelegt worden.

Künftige Konferenzen werden unter immer dramatischeren Vorzeichen stattfinden. Wo sich heute noch keine Mehrheiten finden lassen, wird es sie dann geben, aber dann wird es vermutlich zu spät sein.

Ich habe, um das Thema einzugrenzen, auf die Untersuchung der Tätigkeit von NGOs im Zusammenhang mit der Konferenz verzichtet und ebenfalls auf die Ausbreitung der recht bescheidenen Verhandlungsergebnisse. Möglicherweise wären das Gegenstände für eine weiterführende Arbeit.

⁵⁴ vgl. French, Hilary F.: Eine neue weltweite Partnerschaft schmieden, in: Worldwatch Institute Report. Zur Lage der Welt - 1995, Frankfurt am Main 1995, S. 237-271, S. 264

⁵⁵ vgl. Unmüßig, Barbara, a.a.O., S. 118

Literaturverzeichnis

Breit, Gotthard: Zu diesem Heft, in: Breit, Gotthard (Hrsg.), Politische Bildung, Globale Schlüsselprobleme im Politikunterricht, Heft 2, Schwalbach/Ts.1994, S. 3-4

Brucker, Gerd: Ökologie und Umweltschutz. Ein Aktionsbuch, Heidelberg; Wiesbaden 1993

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg): Agenda 21 in deutscher Übersetzung: <http://www.oneworldweb.de/agenda21/welcome.html>; 8.8.1997

Bundesumweltministerium: Umweltschutz in Deutschland. Nationalbericht der Bundesrepublik Deutschland für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Brasilien im Juni 1992. Zusammenfassung, Bonn 1992

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen: UN Basis-Informationen. Vereinte Nationen und Umwelt, Bonn 1993

Falkner, Robert: Umweltschutz. Geschichte der UN-Umweltpolitik, in: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit: Die Vereinten Nationen, 2.Auflage, München 1996

Forndran, Erhard: Nationale Interessenpolitik angesichts globaler Interdependenzen - Sind politische Antworten auf die neuen Herausforderungen möglich?, in: Breit, Gotthard (Hrsg.), Politische Bildung, Globale Schlüsselprobleme im Politikunterricht, Heft 2, Schwalbach/Ts.1994, S. 16-31

Franke, Lutz: Wir haben nur eine Erde, Darmstadt 1989

French, Hilary F.: Eine neue weltweite Partnerschaft schmieden, in: Worldwatch Institute Report. Zur Lage der Welt - 1995, Frankfurt am Main 1995, S. 237-271

Gärtner, Edgar: Wie lange hält Nachhaltigkeit vor ? Das Schlagwort "sustainable development" und die Ökologie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.01.1995, Seite B4

Hagenau, Günther: Lexikon Technik und Umwelt, Stuttgart 1994

Himmelman, Gerhard: Globale Schlüsselprobleme - Herausforderung der Zukunft, in: Breit, Gotthard (Hrsg.), Politische Bildung, Globale Schlüsselprobleme im Politikunterricht, Heft 2, Schwalbach/Ts.1994, S. 5-15

Hoering, Uwe: Zum Beispiel Umweltschutz, 1. Auflage, Göttingen 1992

Hohenthal, Carl Graf : Widerstand gegen einen erweiterten Klimaschutz. Vorbereitungen des Berliner Gipfeltreffens schwierig. Verpflichtung zu weniger Treibhausgas-Emissionen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.02.1995, S. 4

Hufnagel, Gerhard: Umwelt nützen - Umwelt schützen, in: Thema Politik. Politische Bildung in der Sekundarstufe I., Stuttgart 1987

Koch, Herbert A.: Angst vor der Zukunft ? Der Mensch und seine Umwelt: Fakten und Probleme bei der Suche nach dem Weg in das nächste Jahrtausend, Stuttgart 1990

"Kohl wirbt für wirksameren Klimaschutz. Bonn wird Sitz des ständigen Sekretariats. Der Kanzler verlangt ein klares Mandat und präzise Termine / Beifall der Umweltschutzorganisation", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.04.1995, S. 1

Meadows, Dennis: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, 15. Auflage, Stuttgart 1990

Meyers Lexikonredaktion unter Leitung von Karl-Heinz Ahlheim: Wie funktioniert das ? Die Umwelt des Menschen, 3., vollständig überarbeitete Auflage, Mannheim; Wien; Zürich 1989

Möhring, Caroline: Die Industriestaaten sind in Berlin nicht nur als Finanziere gefordert. Fortschritte im "Rio-Prozeß", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.03.1995, S. 3

Möhring, Caroline: Ziel verfehlt, aber ein Fundament für künftige Bemühungen geschaffen. Die Klimakonferenz verabschiedet ein "Berliner Mandat" statt eines Protokolls. Über Abstimmungsmodus uneins, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.04.1995, S. 6

Palm-Risse, Martina: Noch eine Chance für den blauen Planeten. Der Schutz des Weltklimas mittels des UN-Rahmenübereinkommens, in: Vereinte Nationen, 40. Jg., 1992, H. 4, S. 122-126, S. 126

Randelzhofer, Albrecht: Völkerrechtliche Verträge, 5. neubearbeitete Auflage, Nördlingen 1991

Schäfers, Manfred: Pokerspiel um das Weltklima, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 3. 1995, Seite 15

Unmüßig, Barbara: Zwischen Hoffnung und Enttäuschung. Die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED), in: Vereinte Nationen, 40. Jg., 1992, H. 4, S. 117-122

Unser, Günther: Die UNO. Aufgaben und Strukturen der Vereinten Nationen, 5. Auflage, Nördlingen 1992

Volger, Helmut: Geschichte der Vereinten Nationen, München Wien 1995

Vorholz, Fritz: Der Absturz vom Erdgipfel. In Rio trafen sich vor fünf Jahren die Mächtigen der Welt, um die Armut zu beseitigen und die Umwelt zu retten. Ende Juni kommen sie wieder zusammen und ziehen Bilanz, in: Die Zeit vom 13.06.1997, S.11-13